



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Kaindl, R. F.: Österreichs östliche und westliche Orientierung, Anschluß  
und Donauförderung

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

gegenüberstellte, dann sind wir verloren. Bisher haben alle Schläge und Fußtritte, die wir vom Auslande erhielten, dazu nicht hingereicht. Tagtäglich müssen wir sehen, wie die Parteileidenschaft das kameradschaftliche Ehrgefühl überwiegt. Wenn es gegen den Parteigegner geht, ist es noch immer deutsche Art, mit dem Landesfeinde zusammenzuhalten. Nicht allein einzelne Tollköpfe und Verbrecher: Parteien, die jetzt am Ruder sind, Vertreter der Regierung selbst mußte ich Ihnen in dieser Kampfstellung zeigen. Das kann ein Volk nicht überleben! In unserer entsetzlichen Lage müssen wir alle Hoffnung auf Rettung aufgeben, wenn wir nicht endlich, in letzter Stunde noch lernen, füreinander einzustehen. Das ist es, weshalb ich gegen den widerkameradschaftlichen, treuergessenen, verräterischen, antinationalen Geist mit allen Kräften meiner Seele kämpfe. Das Leben des deutschen Volkes hängt daran, daß wir ihn ersticken. Gegen ihn muß sich zusammenschließen, was immer zum Vaterlande hält, seine Rettung will und seine Gefahr erkennt. Alle Meinungsverschiedenheiten und Parteiunterschiede müssen in dieser Not versinken. Hier ist die Linie, wo die Geister sich scheiden: Wem das Vaterland über alles geht, gehört auf unsere Seite! Dafür werbe ich Ihre Seele.



## Österreichs östliche und westliche Orientierung, Anschluß und Donauföderation

Von Prof. R. F. Kaindl (Graz)



Während des letzten Wahlkampfes hat der frühere Staatskanzler, der Sozialdemokrat Dr. Renner, erklärt, die östliche Orientierung Österreichs hätte in dem Streben des Hauses Habsburg bestanden, seine Machtstellung nach Osten zu erweitern. Diese östliche Orientierung sei schließlich durch den Krieg mit Serbien die Endursache zum Verfall Österreich-Ungarns geworden und durch den Vertrag von St. Germain endgültig abgeschlossen. Das Ziel der jungen Republik Österreich sei die Wiederaufnahme und enge Knüpfung der Bande zu allen Weststaaten, verstärkt durch den notwendigen handelspolitischen Neuaufbau der Beziehungen zu den Sukzessionsstaaten und den Staaten des Ostens.

Von diesen Behauptungen hat vor allem die über die Wiederaufnahme und enge Knüpfung der Bande zu allen Weststaaten Widerspruch erweckt. Die von Renner schon auch früher betonte „westliche Orientierung“ steht im offensten Widerspruch zum Anschlußstreben. Seine Stellung kommt zudem den wiederholten Versuchen der Westmächte, Österreich von Deutschland abzuziehen, entgegen. Die richtige Antwort darauf hat der greise Kaiser Franz Josef dem englischen König im Sommer 1908 in Jßhl gegeben. Österreich ist freilich seit diesem Moment in die Einkreisung einbezogen worden und hat seine Treue schwer gebüßt. Einen anderen Standpunkt kann aber Österreich auch heute nicht einnehmen. Seine westliche Politik kann nur die Großdeutschlands sein! Darüber weitere Worte zu verlieren ist kaum nötig.

Ebenso schief ist, was Dr. Renner über die Beziehungen Österreichs zum Osten ausführte. Mit seinen Behauptungen zog er über alles einen Strich, was bisher seit 1100 Jahren als die wichtigste Aufgabe und das höchste Ziel Österreichs gegolten hat. Karl der Große hat dieses Ziel bei der Errichtung der Ostmark zuerst gewiesen. Otto der Große hat zum selben Zweck die Ostmark erneuert. Zweihundert Jahre lang hat Österreich, gestützt vom deutschen Volke, seine Heldenkämpfe im Dienste der orientalischen Frage geführt. Bismarck hat Österreich auf den Osten gewiesen und in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ Österreich das Ziel gesteckt, auf dem Wege der deutschen Reichsverfassung eine Versöhnung der politischen und materiellen Interessen zu erreichen, die zwischen den Ostgrenzen des rumänischen Volksstammes und der Bucht von Cattaro vorhanden sind. Das war aber auch die Anschauung der Großdeutschen. Ludwig Uhland sprach von dem „providentiellen Beruf Österreichs, nach dem Osten hin mächtig zu sein, nach dem Osten hin Aufklärung und Gesittung zu tragen“. Das war die Ansicht unzähliger Österreicher, nicht nur der Stoßösterreicher, sondern nach einer vorübergehenden Schwankung der Herbstpartei zur Zeit der bosnischen Okkupation auch die Anschauung der Radikalen. Im Linzer Programm von 1882 wird gefordert: „Die Entfaltung einer kräftigen und zielbewußten Orientpolitik, insbesondere Wahrung der österreichischen Interessen an der unteren Donau und in den Balkanländern mit Einbeziehung dieser Länder in den Bereich der österreichisch-deutschen Zollunion, sodann aber auch Hebung des Einflusses der Monarchie in den Mittelmeerländern.“ Daher erklärt auch Lehmüller in seiner Schrift „Unsere Zukunft liegt auf dem Balkan“ (Leipzig 1913): „So wird die serbische Frage zur deutschen Frage.“ Österreich und Deutschland haben dieses Interesse zu wahren. Österreichs durch die Geschichte verbürgtes Recht, ja sogar seine sittliche Verpflichtung ist es, sich nach Süden auszudehnen. „Weiß Österreich diese Chancen nicht auszunützen, fährt es fort, sich von Serbien und Montenegro rückwärts zu konzentrieren, so hat es sein geschichtliches Recht verwirkt und seine Existenzberechtigung verloren.“ Der schwedische Gelehrte und Politiker Kjellen faßt sein Urteil dahin zusammen, daß Österreich Europas Wachtposten im Osten und sein Puffer gegen tieferstehende Kultur sei. Ebenso haben gewichtige Stimmen erklärt, daß die Gebiete an der Donau ein einheitliches zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet seien u. dgl. m. Österreichs historischer Beruf war es also, nach dem Osten zu wirken, Europa und vor allem Deutschland gegen Awarer, Ungaren, Mongolen, Türken, und nach deren Niederwerfung vor allem gegen Rußland und seine Verbündeten zu schützen.

Das ist und bleibt eine unumstößliche Wahrheit: Österreichs Beruf war die Orientpolitik und die östliche Orientierung. Daraus ergibt sich, daß es die Herrscherpflicht jedes in Österreich Regierenden war, nach Osten zu wirken. Schon Karl der Große wies Österreich diesen Weg und jedes folgende Geschlecht mußte diesen Weg gehen oder Österreich hätte keinen Zweck und daher auch keine Daseinsberechtigung gehabt. Von bloßer Verfolgung von Hausmachtplänen zu sprechen ist also nicht am Platze und verschleiert nur die bedeutsame Wahrheit von der hohen geschichtlichen Mission Österreichs, von seiner Bedeutung als Vormauer des deutschen Volkes. Nur geschützt durch die nach Osten und Süden vorgeschobenen deutschen Siedler konnte sich im deutschen Mutterland ungestört die

deutsche Kultur entwickeln. Jede Abbröckelung an den Grenzen ist eine Gefährdung des Hinterlands.

Hat aber Österreich in den letzten Jahrhunderten die Rolle gehabt, Europa vor Rußland zu schützen, so mußte es bei dem bekannten Drange Rußlands nach Westen und zum warmen Meere zum Zusammenstoß kommen. Serbien spielte dabei eine ganz nebensächliche Rolle und nicht Österreichs, sondern Rußlands Machtpläne und der Panславismus führten den Krieg herbei. Es ist daher nur zu bedauern, daß Österreich seine Orientpolitik nicht fortführen konnte, vor allem im Interesse des gesamten deutschen Volkes, aber auch — wie das Chaos im Osten jetzt zeigt — im Interesse ganz Europas.

Aber Österreichs Orientpolitik ist auch nicht Ursache unseres Zusammenbruches, wie Dr. Renner behauptet, vielmehr haben den Zusammenbruch alle jene Kräfte veranlaßt, die es Österreich unmöglich gemacht haben, seine Aufgabe im Osten weiter zu erfüllen. Diese Ursachen hier näher darzulegen, ist nicht der Ort.<sup>1)</sup> Es sind die seit 1866 herrschenden inneren und äußeren Verhältnisse; die Erschütterung des inneren Gefüges; das Schwinden des Bewußtseins, daß Österreich nach Osten wirken müsse; das Unvermögen, selbst dort kraftvoll zu wirken und das Versagen Deutschlands wegen seiner Bindung gegen Frankreich; die Eintreisungspolitik der Westmächte, die auch Österreich vernichten mußte, um Deutschland zu treffen. Freimütig erklärte erst kürzlich Senator Beythien in Innsbruck: „Die wahre Schuld am Kriege war niemals eine Schuld einzelner, sondern vielmehr ein Ergebnis der Notwendigkeit. Sagen wir es einmal offen: Die Tüchtigkeit unseres Volkes in allen seinen Schichten war die eigentliche Schuld am Kriege. Wären wir ein schlappes Volk gewesen, so könnten wir heute noch in Frieden leben als Söldner Englands. Aber aus dieser Schuld wird uns die neue Kraft zum Wiederaufbau der Zukunft erwachsen.“ Damit hat der Reichsdeutsche klar gesagt: Nicht Österreichs Beziehungen zu Serbien und zum Osten, also nicht seine östliche Orientierung, sondern Englands Handelsneid gegen das deutsche Volk hat unser Los herbeigeführt.

Ist aber wirklich unsere nach dem Osten orientierte Politik seit St. Germain endgültig abgeschlossen? Durchaus nicht! Unser nächstes Ziel ist Österreichs Anschluß an Deutschland. Wohin aber Großdeutschland seine Politik richten wird, dorthin wird auch Österreich sich orientieren. Nun ist es aber klar: Deutschland hat sich vom Osten ab- und der Obersee zugewendet, als es Österreich abstieß und ihm den Osten überließ. Nach dem Anschluß wird aber Großdeutschland wieder dem Osten, seinem alten Arbeitsgebiet, seine Aufmerksamkeit schenken müssen.<sup>2)</sup> Hier ist Hoffnung auf Erfolg, der jenen in Obersee übertrifft. Die Verwirrung im Osten wird immer größer und hat unter den westlichen Einflüssen sich durchaus nicht gebessert. Schutzlos stehen unsere Ostgrenzen gegen alle Überraschungen, die von dort kommen können,

<sup>1)</sup> Darüber meine Schrift „1848/49—1866—1918/19. Des deutschen Volkes Weg zur Katastrophe und seine Rettung.“ (München 1920.)

<sup>2)</sup> Raindl: Die Deutschen in den Donauländern. Ein Sendschreiben an Deutsche und Nichtdeutsche (Hamm 1919) und Deutsche Siedlung im Osten. (Stuttgart 1915.)

offen (Bolschewismus, Verseuchung Europas, Gelbe Gefahr). Eine Besserung dieser Verhältnisse muß Großdeutschland anstreben, und daraus geht hervor, daß es (und Deutschösterreich mit ihm) den Orient nicht aus dem Auge lassen kann. Das alles um so mehr, als nach dem Verluste der Obersee der Osten für Deutschland besonders in Betracht kommt.<sup>3)</sup> Auch Dr. Kenner kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß wir im Osten wichtige wirtschaftliche Interessen zu wahren haben. Es ist aber eine Binsenwahrheit, daß die wirtschaftlichen Interessen mit politischen Hand in Hand gehen. Unsere Orientierung nach Osten ist also noch nicht abgetan.

Wie sie sich in Zukunft zu gestalten hat, haben schon die alten Großdeutschen gelehrt und Bismarck hat im großen und ganzen ebenfalls ähnliche Gedanken gehegt. Die Großdeutschen wollten den engsten Anschluß der Deutschen Österreichs an Deutschland und hierauf einen weiteren Bund mit den Ländern an der unteren Donau. Ebenso hat Bismarck ein möglichst inniges Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich gewünscht, ein Bündnis, das weit über jenes von 1879 gehen sollte, denn es sollte staatsrechtlich sein und überdies Zolleinheit usw. umfassen. Und darüber hinaus wollte er, daß Österreich auch zu den Staaten an der unteren Donau und am Balkan in ein Verhältnis nach dem Muster der deutschen Reichsverfassung treten sollte. Und so muß auch in Zukunft zunächst der Zusammenschluß Deutschlands erfolgen, dann aber Großdeutschland mit den Staaten im Südosten einen Bund schließen.

So würde wieder ein großes einander ergänzendes Wirtschafts- und Interessengebiet entstehen, das industrielle Deutschland und der ackerbautreibende Osten sich gegenseitig ergänzen, Gefundung, Ruhe und Ordnung wiederkehren, das Gleichgewicht in Europa hergestellt werden. Unser Programm müßte also lauten: durch wirtschaftliche, kulturelle und völkische Annäherung, durch Angleichung von Recht und Verwaltung zunächst den Zusammenschluß Österreichs an Deutschland vorbereiten; sodann, sobald es möglich wird, diesen Anschluß vollziehen; endlich den großen mitteleuropäischen Bund ausbauen.<sup>4)</sup>

Gewiß läßt sich dieses Programm nicht von heute auf morgen durchführen. Wir sind noch nicht über die erste Stufe hinaus. Noch ist der Anschlußwille bei uns nicht völlig durchgedrungen. Der Anschluß ist uns noch verboten. Aber das Zukunftsziel einer großen mitteleuropäischen Donauföderation muß gewiesen werden, muß ins Auge gefaßt werden, wenn es erreicht werden soll. Die heutigen Verhältnisse in den Nachfolgestaaten sind unhaltbar. Wirtschaftliche Not, Versagen des Verwaltungsapparats, Verschwörungsfieber, Anarchie sind überall die Schrittmacher des Bolschewismus und der Balkanisierung. So

<sup>3)</sup> Kaindl: Deutsche nach dem Osten! (München 1920.)

<sup>4)</sup> Diesen von mir besonders in meiner Schrift „1848/49—1866—1918/19“ vertretenen Anschauungen, die in meiner ganzen vorangegangenen Arbeit wurzeln, scheint der Außenminister Simons nach den Mitteilungen der Baseler Nationalzeitung Ende August 1920 nahezukommen. Er soll an eine föderalistische Gestaltung denken, politische Annäherung Österreichs an Deutschland, ergänzt durch eine wirtschaftliche Interessenverbindung mit den Donauländern. Nachträglich sei an die Ausführungen des bayerischen Abgeordneten Dr. Seine in Wien (25. November) verwiesen, der ähnliche Anschauungen äußerte.

geht es nicht weiter. Das wurde auch von französischen und englischen Politikern wiederholt eingestanden. Das französische Senatsmitglied de Monzie erklärte, nachdem es an Ort und Stelle die Verhältnisse studiert hatte, daß man den Zusammenbruch der politischen Kombination der Alliierten im Donaubecken feststellen müsse; man müsse da die größte Dummheit des Jahrhunderts gutmachen („Eclair“ anfangs November). Alles ist sich darüber einig, daß zum mindesten die wirtschaftlichen Zusammenhänge der zerrissenen Teile wiederhergestellt, die zahllosen Zollgrenzen beseitigt werden müssen, um die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Valuta wieder zu ordnen. Aus der geschaffenen Verlegenheit sucht man durch die Vorschläge einer Donauföderation, Kleinen Entente und des großbayerischen Projekts herauszukommen. Aber alle diese Maßregeln sind halb und schief, von Selbstsucht diktiert und haben geringe Aussicht auf Erfolg. Die Donauföderation und die Kleine Entente würden die durchgreifende Balkanisierung und Zerstückung Mitteleuropas nicht aufhalten; das schwache Deutschösterreich würde vielmehr, an die heute in Zerstückung geratenen Staaten geschmiedet, nur selbst zugrunde gehen. Die Verhältnisse würden sich um nichts bessern und immer wieder nur für die Entente dieselbe Sorge bedeuten, die sie heute eingestekt und der de Monzie kräftigen Ausdruck verliehen hat. Und so wird doch wohl schließlich der hie und da schon geäußerte Wille (so besonders in Italien, aber auch Lord Milner im englischen Oberhause usw.) durchdringen müssen, den Anfang der Gesundung auch im eigenen Interesse durch den Anschluß Österreichs an Deutschland rationell zu beginnen. Und der weitere Gesundungsprozeß kann dann nur auf dem von uns schon bezeichneten Wege stattfinden, den die Entente nicht hindern dürfen wird, wenn sie der Sorgen ledig werden will, die ihr gegenwärtig die Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa bereiten. Ein anderes Mittel gibt es schlechterdings nicht. Alle Versuche der Entente, die Verhältnisse im Osten selbst zu ordnen und zu befestigen, mißglückten. Die Ententestaaten werden sich entschließen müssen, auch den Deutschen ihren Anteil am Licht zu gönnen oder es entsteht ein Pöhl, in dem auch sie zugrunde gehen werden. Ein Volk wie das deutsche muß ein großes Arbeitsgebiet haben, und die Westmächte müssen zufrieden sein, wenn Deutschland dieses Gebiet im Osten sucht.

Fassen wir andererseits die Stellung der Nachfolgestaaten und der Oststaaten zu den erörterten Fragen ins Auge.

In Deutschösterreich ist der Anschluß nur deshalb nicht völlig durchgedrungen, weil hier die einen für den Anschluß, die anderen unter Hinweis auf die natürliche und wirtschaftliche Zusammengehörigkeit der Nachfolgestaaten und die Verbindung mit den Deutschen in allen diesen Staaten für die Donauföderation sind. Beide Lösungen faßte man aber als einander völlig ausschließend auf. In Wirklichkeit ist das nicht der Fall. Der Standpunkt der alten Großdeutschen vereinigt beides. Dringt dieser Standpunkt in der oben dargelegten Form durch, so wird auch eine Versöhnung beider Parteigruppen stattfinden.

Die anderen Nachfolgestaaten freuen sich vorläufig ihrer schwer errungenen Selbstständigkeit. Unter dem Druck der mißlichen inneren und äußeren Verhältnisse machen sich aber auch hier Stimmen geltend, die auf die Entwicklung der Zukunft hinweisen. Wenn der Rumäne Take Jonesku als Sprachrohr der

Entente verkündet, die Kleine Entente wolle Deutschlands Revanche verhindern, vor allem den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland hintertreiben und es zwingen, sich der Kleinen Entente anzuschließen, so ist das zwar eine an Raubehe erinnernde Liebeswerbung, ist aber doch eine; und man kann sich auch sehr gut hineindenken, daß einmal Rumänien zufrieden sein wird, nicht nur zu Österreich, sondern auch zu Großdeutschland in Beziehungen zu treten. Es braucht nur die innere Spannung größer zu werden, der Bolschewismus oder der Panlawismus an seine Tore zu pochen. Ungarn wird aus mehr als einem Grunde seinen Anschluß an Großdeutschland suchen und wegen anderer Vorteile schließlich gern auf Westungarn verzichten. Vor allem muß sich Ungarn klar werden, daß es nur als Bundesgenosse Großdeutschlands wieder frei werden wird; mit seinen Hoffnungen auf England und Frankreich hat es sich sehr getäuscht, wie der Friede von Trianon und das Schicksal des Vertrages von Gödöllő lehrt. Daß Deutschland, Deutschösterreich, Ungarn, Rumänien und Bulgarien aufeinander angewiesen sind, ist nichts neues.

Auch aus dem Südslawenstaate sind schon sehr bemerkenswerte Äußerungen laut geworden. So hat im Herbst das Laibacher Blatt „Jugoslavia“ sich über den Zweck der Kleinen Entente ganz anders geäußert als der Rumäne Take Jonescu. Auch die „Jugoslavia“ sagt, daß Österreich und Ungarn sich an die Kleine Entente anschließen müssen. Aber über den Zweck wird anders geurteilt: „Die kleinen Staaten in Mitteleuropa treten in ein Bündnis zusammen, allerdings aber zu einem ganz anders gearteten, als sich die französischen Imperialisten vorgestellt haben. Es wird ein mitteleuropäischer Block gebildet zur Abwehr der Gefahr, daß Mitteleuropa ein Spielzeug in den Händen gewissenloser westlicher Diplomaten werde. Der neue Block wird auch eine Garantie des Friedens und ein Instrument zur Regelung von Streitigkeiten sein, an denen es in der Zukunft nicht mangeln wird. Wir hoffen, daß der erste Schritt, den die befreiten Staaten selbständig ohne Protektion und vielleicht sogar gegen den Willen der Entente unternommen haben, die besten Früchte tragen wird.“ Bemerkenswert ist auch, daß man z. B. im Neusalzer „Deutschen Volksblatt“, das unter Belgrader Zensur steht, gegen das Anwachsen des englischen und französischen Einflusses in den Donauländern scharf Stellung nehmen kann. Und nach demselben Blatte hat im Juli in einem südslawischen Blatte ein ehemaliger serbischer Minister folgendes ausgeführt: „Unser Weg in Jugoslawien ist jetzt klar vorgezeichnet. Wir müssen mit allen Kräften für die Vereinigung Deutschösterreichs mit Deutschland eintreten. Nur so kann es möglich werden, daß wir, durch gemeinsame Grenzen mit Deutschland verbunden, an der Verständigung der Germanen und Slawen teilnehmen, die meiner Überzeugung nach in allernächster Zukunft kommen muß. Die Annäherung Sowjetrußlands an Deutschland ist eine Tatsache und die Verhandlungen Krassins in England haben bewiesen, wie ernst man mit dieser Tatsache in England rechnet. Die tschechoslowakische Republik arbeitet schon seit längerem an einem besseren Einverständnis mit Deutschland. Es ist nur natürlich, daß Südslawien dem nordischen Beispiel wird folgen müssen. Wir stehen vor dem Wiederaufbau. Viel, sehr viel wird geschaffen werden müssen, deshalb ist unser Weg klar, wenn wir keine Kolonie werden wollen, die sich ihrer Rohstoffe begibt. Wir müssen Hand in Hand mit Deutschland, mit deutschem Fleiß und

deutscher Redlichkeit zusammenarbeiten. Wir kaufen dort, wo es für uns am günstigsten ist. Am besten würde dies aber dann ermöglicht werden, wenn wir eine gemeinsame Grenze mit Deutschland haben. Darum treten wir, noch vor kurzem erbitterte Feinde Österreichs, dafür ein, was Deutschösterreich selbst am meisten frommen würde, für die Vereinigung Deutschösterreichs mit Großdeutschland."

Schon früher hat sich auch die südsteirische Zeitung „*Narodne gospodarski vestnik*“ und die bosnische Zeitung „*Sawa*“ für den Anschluß Österreichs an Deutschland erklärt, schon aus dem Grunde, weil dann kleinliche Streitigkeiten an den Grenzen vom allgemeinen deutschen Standpunkt an Bedeutung verlieren werden. Das „*Agrarer Tagblatt*“ sieht in der Bildung Großdeutschlands ein Gegengewicht gegen die den Südslawen unbequeme Hegemonie der Ententemächte. Das Adriaabkommen wird diesen Standpunkt fördern.

Diese Stimmen aus Südslawien sind nicht so überraschend, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. In Serbien gab es schon früher Männer, die ähnliche Anschauungen äußerten. Der russische Einfluß und nationale Leidenschaft haben freilich damals solche Pläne unmöglich gemacht. Fürst Milan hat sich (jedenfalls vor seinem Rücktritt 1889) zu seinem Leibarzt und Minister W. Georgewitsch folgendermaßen geäußert:<sup>5)</sup> Sollte Österreich-Ungarn eine Gelegenheit finden, um die Okkupation Bosniens in eine Annexion zu verwandeln, sollte es ferner durch seine Administration dieser Länder im serbischen nationalen Geiste die Liebe und die Anhänglichkeit unseres Volkes dort derart gewinnen, daß die Serben dort vorziehen würden, mit der Monarchie statt mit uns und mit Montenegro vereinigt zu bleiben, nun denn, in einem solchen Falle würde sich meine Dynastie mit der Stellung begnügen, welche die bayerische, sächsische, württembergische Dynastie heute im deutschen Staate haben, aber die zehn Millionen Serben würden in einem nationalen Staate vereinigt und unsere nationale Mission würde erfüllt sein. Wenn die übrigen Balkanvölker sehen würden, wie gut es den Serben unter den Habsburgern geht, würden sie auch trachten, der österreichischen Föderation beizutreten. Dazu fügt Georgewitsch hinzu, daß der damalige Ministerpräsident Serbiens und erste Chef der serbischen Fortschrittler, Milanstrotjanac, später in einer Broschüre auseinandergesetzt hat: „Österreich-Ungarn kann heute, wo das Nationalitätenprinzip eine große Macht erlangt hat, nur zentralistisch und absolutistisch oder föderalistisch und parlamentarisch regiert werden. Nachdem die Rückkehr zum Zentralismus und Absolutismus heute eine Unmöglichkeit geworden ist, muß Österreich eine große Föderation von national-arrondierten autonomen Staaten werden. Sobald sich Österreich dazu entschließt, werden alle Balkanstaaten selbst bitten, in diese Föderation einzutreten, und dann würde Österreich politisch und nationalökonomisch die ganze Balkanhalbinsel beherrschen.“

Georgewitsch selbst hat nach der Annexion Bosniens (1909) einen Ausgleich in der Balkanfrage unter anderem durch eine Balkanföderation mit Österreich-Ungarn an der Spitze vorgeschlagen.

<sup>5)</sup> Georgewitsch: Die Serbische Frage. (Stuttgart 1909.)

Ebenso ist es bekannt, daß Spiridin Gopcewitsch sich wiederholt in ähnlichem Sinne äußerte. Er legte dar, daß es das größte Glück für Serbien wäre, wenn es in seiner Gesamtheit vereinigt und an Osterreich angeschlossen wäre.<sup>6)</sup>

Es ist selbstverständlich, daß diese Äußerungen nur unter gewissen Voraussetzungen gemacht wurden. Immerhin zeigen sie, daß Anknüpfungspunkte vorhanden sind. Man erinnere sich auch an das einst so enge Verhältnis zwischen Kroatien und Wien, man berücksichtige, daß jetzt etwa die Hälfte der kärntner Slowenen für Osterreich gestimmt hat. Man vergesse nicht, daß die zahlreichen Deutschen im Osten überall zu unserem Kulturkreis gern gehören, wenn sie auch treue Bürger der Staaten, in denen sie wohnen, sind und sein wollen. Eine deutsche Banater Zeitung hat schon vor ein und einem halben Jahre ihr Programm in die bündige Erklärung gekleidet: Wir wollen den deutschen Volksgenossen gutes Banater Mehl liefern, damit sie uns ihre guten Industrieartikel schicken. Und das ist das Um und Auf unserer künftigen Wirtschaftspolitik.

Kurzum, es gibt mancherlei Anknüpfungspunkte zu den Nachbarstaaten, und wo sie fehlen, werden sie sich unter der Neugestaltung der Verhältnisse ergeben. Auch die Tschechen werden das einsehen müssen. Man übersehe nicht, daß die starken Gegensätze der letzten Jahrzehnte doch zum großen Teil daraus entstanden, daß man in Osterreich und in Ungarn auf die Wünsche der Slaven nach Autonomie (bundesstaatliche Ausgestaltung) nicht rechtzeitig einging. In der Form der von den Großdeutschen schon 1848 vorgeschlagenen Föderativverfassung (engerer und weiterer Bund, Anschluß und Donauvöederation) liegt für die Zukunft die Hoffnung auf Gesundung der völkischen Beziehungen im Donauland.



## Das Gesetz der Sprache im Leben der Völker<sup>\*)</sup>

von Richard Benz.

### 1.

So wie der einzelne, wenn er darüber nachdenkt, was ihn mit seinen Volksgenossen im letzten Sinne einige, nichts anderes anzugeben vermag, als Sprache — denn Geist, Poesie, Kunst, Erfindung, Denken, Wissenschaft, Religion, Kultur, alles fließt letzten Endes aus der Sprache; so vermag er auch für das, was ihn von einem fremden Volke trennt, nichts anderes anzugeben als Sprache. Er mag vermuten, daß für die Art Mensch, die er ist, entsprechende, ja geeignetere Menschen in dem anderen Volk existieren, eher vielleicht als in der Menge der eigenen Nation, die ihn zufällig umgibt — aber er kann sich nicht mit ihnen verständigen. Und spräche er die Sprache des Fremden noch so „fließend“; der Geist der Sprachen stellt, ihm unbewußt, ein ewiges Hindernis zwischen ihm und dem

<sup>6)</sup> Vgl. „Das Neue Deutschland“ 1905 S. 117.

<sup>\*)</sup> Dieser Aufsatz ist die eingehendere Darstellung eines Gedankens, den der Verfasser in seiner Schrift über „Die Grundlagen der deutschen Bildung“ (Jena, bei Eugen Diederichs, 1920) behandelt.